

„Gute und verkehrstüchtige Straßen sind jedoch gerade in einem Flächenkreis wie dem Rheingau-Taunus ein ganz wesentlicher Bestandteil unserer ländlichen Infrastruktur. Wir brauchen einfach eine gute und sicherere Erreichbarkeit unserer Städte und Gemeinden,“ macht die verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion, Juliane Bremerich, klar.

Gerade hier nun in diesem Umfang den Rotstift anzusetzen, sei nicht vertretbar. Damit setze man falsche Prioritäten. Natürlich sei die chronische Unterfinanzierung des Kreises durch die Bundes- und Landesregierung mit schuld an der finanziellen Misere, das beklage selbst die CDU, so Bremerich. Der Kreis sei aber trotzdem aufgefordert, weitere eigene Einsparpotentiale zu prüfen.

So habe die FDP zur nächsten Kreistagsitzung eine Prüfung darüber beantragt, welche Dienststellen des Kreises Tätigkeiten oder Dienstleistungen darstellen, die potentiell auch durch private Dienstleister erfüllt werden könnten und inwieweit eine externe Vergabe der Tätigkeiten durch die Verwaltung Kosten einsparen kann.

Ungeachtet dessen erwarte man Initiativen der Kreisspitze bei der hessischen Landesregierung, bezüglich des Infrastrukturpaketes der Bundesregierung, denn aus dem Gesamtvolumen von 500 Milliarden Euro sollen die Länder 100 Milliarden Euro für Investitionen in ihre Infrastruktur erhalten. „Wir gehen davon aus, dass auch der Rheingau-Taunus-Kreis und seine Straßen davon profitieren müssen,“ erwartet Alexander Müller.